



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 19.02.2025 – Auszug aus Drucksache 19/5191 –

Frage Nummer 10 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Katrin
Ebner-Stein-
ner**
(AfD)

Am Dienstag, den 11.02.2025, soll sich in Landshut eine schwerwiegende körperliche Auseinandersetzung mit einem Jugendlichen in einem städtischen Bus zugetragen haben, weshalb ich die Staatsregierung frage, wie nach ihrer Kenntnis der genaue Tathergang des vorbezeichneten Vorfalls war, wie viele Personen wurden verletzt und welche Erkenntnisse liegen (insbesondere mit Blick auf die Staatsangehörigkeit) zum mutmaßlichen Täter vor?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz

Bei dem angefragten Vorfall handelt es sich um ein aktuell laufendes Ermittlungsverfahren, das am 11.02.2025 durch die Polizeiinspektion (PI) Landshut aufgenommen wurde.

Im Weiteren werden beim Polizeipräsidium Niederbayern, PI Landshut, die strafrechtlichen Ermittlungen geführt. Trotz der grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Pflicht, Informationsansprüche des Landtags zu erfüllen, tritt hier nach sorgfältiger Abwägung der betroffenen Belange im Einzelfall das Informationsinteresse des Parlaments hinter den berechtigten Interessen bei der Durchführung strafrechtlicher Ermittlungen zurück. Das Interesse der Allgemeinheit an der Gewährleistung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege leitet sich aus dem Rechtsstaatsprinzip ab und hat damit ebenfalls Verfassungsrang.